

EBD-Arbeitsschwerpunkte 2024/25

Beschlussvorlage für die EBD-Mitgliederversammlung am
14. Oktober 2024

Hintergrund

Die von der Mitgliederversammlung am 14. Oktober 2024 (laut Satzung § 10 Abs. 6f) beschlossenen Arbeitsschwerpunkte der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. (EBD) orientieren sich an der EBD-Politik und bilden ab, wie die EBD zu deren Umsetzung beitragen kann. Grundlage aller Aktivitäten der EBD sind die Satzung und in Ergänzung die Zielvereinbarung 2024-26 mit dem institutionellen Partner Auswärtiges Amt, das uns auf Grund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages unterstützt.

Die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung als institutionelle Partnerin, den Mitgliedsorganisationen und der Europäische Bewegung International (*European Movement International*, EMI) werden bei allen Arbeitsschwerpunkten mitberücksichtigt. Impulse aus den Projekten der EBD –insbesondere den Auftragsprojekten *College of Europe*, *des Europäischen Wettbewerbs* und des *Preises Frauen Europas*, *EU-Karriere* werden so breit wie möglich integriert. Alle Arbeitsbereiche der EBD und die bewährten wie auch neuen Maßnahmen (z.B. EBD De-Briefings und EBD Public Diplomacy Exklusiv im Rahmen des „Konzeptes Europakommunikation und Europäische Vorausschau“ (EKEV), Newsletter, #EBDGrafik) werden in der Umsetzung der Arbeitsschwerpunkte einbezogen. Mit Onlineangeboten wird die Fachöffentlichkeit auch jenseits von Berlin und vor allem international nachhaltig einbezogen. Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt bildet das Europarat-Projekt mit der Demokratiedirektion (2024/25).

1 Europäische Demokratie vertiefen

1.1 Europäische Werte und Grundrechte achten

- Wir wollen den Diskurs zur Wahrung der europäischen Werte in die Öffentlichkeit tragen und die Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter unserer Mitgliedsorganisationen sowie unserer institutionellen Partner stärker hörbar machen. Wir werden auf Missstände und möglicher Verbesserungen überparteilich und grenzüberschreitend hinweisen.
- Wir treten in einen engen Dialog mit dem Auswärtiges Amt, um für einen stärkeren Einbezug gesellschaftlicher Kräfte im Rahmen einer modernen Europäischen Public Diplomacy bei den Bemühungen um Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union (EU) zu werben. Hierfür begleiten, beobachten und kommentieren den konstruktiven Rechtsstaatsdialog der Europäischen Kommission mit den Mitgliedstaaten.
- Wir begleiten europaweit Parlaments- und Präsidentschaftswahlen aus europapolitischem Blickwinkel und sammeln bei Bedarf Stimmen aus den Mitgliedsorganisationen, um ein Meinungsbild der deutschen Interessengruppen zu den Auswirkungen auf die Europapolitik zu erheben.
- Wir kooperieren mit den Schwesterorganisationen und europäischen Mitgliedsvereinigungen, die sich innerhalb der EU, aber auch in Beitrittskandidatenländern, für eine wertebasierte EU engagieren.
- Wir unterstützen Menschen, die für europäische Werte (ein-)stehen, wie die Trägerinnen des Preis Frauen Europas.
- Wir verfolgen die EU-Beitrittsverhandlungen und setzen uns für eine zügige EU-Erweiterung unter zwingender Einhaltung der Kopenhagener Kriterien ein.

1.2 Parlamentarismus und pluralistische Demokratie stärken

- Wir setzen uns für eine bedeutendere Rolle des Europarats in der sich weiterentwickelnden europäischen multilateralen Architektur ein und vermitteln zwischen Europarat, der Bundesregierung (insbesondere dem Auswärtigen Amt) und anderen internationalen Organisationen wie der UN oder der OSZE in Deutschland. Wir stärken die Vernetzung in unserer Mitgliedschaft zum Europarat selbst und zu seinen Themen.
- Wir unterstützen die Bundesregierung wie auch den Deutschen Bundestag und insbesondere das Auswärtige Amt dabei, Aufmerksamkeit für den Europarat, seine Themen und seinen Beitrag für ein demokratisches, sicheres und vielfältiges Europa zu schaffen.
- Wir setzen uns für eine konkrete Umsetzung der Reformen des Europarats im Lichte der Reykjavik-Erklärung ein, insbesondere der Reykjavik Principles for Democracy sowie eine Aufstockung der finanziellen Mittel des Europarats ein.

- Wir setzen den strukturierten Austausch im Multilateralen Dialog Europakommunikation (MDE) fort, um mit den europapolitischen Akteuren und Multiplikatoren Projekte und Maßnahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit entlang zentraler europapolitischer Meilensteine abzustimmen und zu bewerben.
- Wir fördern den Dialog der Fachöffentlichkeit in Deutschland mit den Mitgliedern des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) und des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) und stärken dadurch die Sichtbarkeit beider EU-Organe.
- Wir analysieren und kommentieren die Nachverfolgung der Konferenz zur Zukunft Europas und werben für eine ambitionierte Umsetzung der 49 Empfehlungen der EU-Zukunftskonferenz, die auch über Vertragsänderungen über einen Europäischen Konvent erfolgen sollte.
- Wir begleiten in enger Kooperation mit unseren Mitgliedsparteien den Erarbeitungsprozess der Wahlprogramme der Bundestagswahl 2025 und fördern die Debatte in der Fachöffentlichkeit.

1.3 Digitale Dialogkultur und Medienpluralismus fördern

- Wir erörtern, wie die Medienvielfalt, kritische Berichterstattung und insbesondere investigativer Journalismus in der EU gestärkt werden können.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die Digitalisierung der europäischen Demokratie aktiv und selbst bestimmt gestalten, indem sie die Chancen für neue Beteiligungs- und Vernetzungsmöglichkeiten im digitalen Raum fördern und gleichzeitig den Risiken von Desinformationen, Filterblasen und Hassreden engagiert entgegenwirken.
- Wir werden aus sozialen Plattformen austreten, die diesen Prinzipien widersprechen und aktiv bei den Mitgliedsorganisationen für entsprechende gemeinsame Strategien werben.
- Wir unterstützen die Forderung nach Vielsprachigkeit im europäischen Entscheidungsprozess. Dabei mahnen wir die Institutionen der EU, die 24 EU-Amtssprachen bei Veröffentlichungen und Niederschriften zu berücksichtigen.
- Wir unterstützen die Europarat-Kampagne im Rahmen des 75. Geburtstag für die Sicherheit von Journalisten.
- Wir thematisieren die Einflussnahme von demokratiefeindlichen Staaten, die die Verbreitung von Desinformationen in den sozialen Medien als Strategische Korruption nutzen und arbeiten hierbei besonders eng mit TI DE zusammen.

1.4 Jugend stärken

- Wir treten für eine stärkere finanzielle Unterstützung der Jugend durch die EU-Organe ein und unterstützen demokratisch organisierte Jugendverbände dabei, deutsche und europäische Jugendpolitik aktiv mitzugestalten.

- Wir setzen uns für eine Offensive der Bundesregierung für mehr europapolitische Bildung ein, um schulische und außerschulische politische Bildungsarbeit, wie den Europäischen Wettbewerb strukturell und finanziell zu unterstützen.
- Wir unterstützen die Initiative "Jugendcheck" der EU-Kommission, um eine stärkere Einbeziehung der Jugendperspektive in die EU-Politik zu ermöglichen.

1.5 Gleichstellung der Geschlechter voranbringen

- Wir begleiten und diskutieren mit den Mitglieds- und Schwesterorganisationen die Umsetzung der Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025 wie auch die LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie 2020-2025.
- Wir begleiten den von der Kommissionspräsidentin für den 8. März 2025 angekündigten Fahrplan für die Frauenrechte (2025).
- Wir thematisieren die Ratifizierung und Umsetzung der Istanbul-Konvention des Europarates, um der Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt europaweit entgegenzuwirken. Hierbei ist auch die EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in den Blick zu nehmen.

1.6 EU-Rechtsetzung transparent gestalten

- Wir arbeiten eng mit der Bundesregierung zusammen, um Verbesserungen im Rat, insbesondere bei der Transparenz von Trilog und der Dokumentation von EU-Gesetzgebung voranzutreiben, und für eine Verstärkung von Veröffentlichungspraktiken zu werben.
- Wir begleiten die Umsetzung zu einem verpflichtenden EU-Transparenzregister von Rat, Europäischer Kommission und Europaparlament und setzen uns für eine weitere Stärkung der Transparenzpflichten im Rat ein.
- Wir arbeiten eng mit der/dem neuen Europäischen Bürgerbeauftragten ab Herbst 2024 zusammen.
- Wir fördern gemeinsam mit Transparency International Deutschland e.V. die Debatte, wie die Themen Transparenz, Rechenschaftspflicht und Verhinderung von Drehtüreffekten im europäischen Gesetzgebungsprozess von allen drei EU-Institutionen gestärkt werden können.
- Wir unterstützen die Etablierung der neuen europäischen unabhängigen Ethikbehörde, die die Einhaltung von Verhaltensregeln für alle EU-Institutionen kontrollieren soll.

1.7 Deutsche Europapolitik strategischer und stringenter ausrichten

- Wir fördern einen grenzüberschreitenden gesellschaftlichen europapolitischen Dialog auf allen Ebenen, der es erlaubt, dass nicht nur Regierungen, sondern auch Verbände, Unternehmen,

Sozialpartner und weitere Akteurinnen und Akteure des vorpolitischen Raums miteinander kommunizieren. Wir setzen uns für eine Europapolitik aus einem Guss ein, die alle politischen Ebenen, beginnend bei den Kommunen und Ländern, in einen strukturierten Dialog im Rahmen einer umfassenden Europäischen Public Diplomacy einbezieht.

- Wir intensivieren den Dialog mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages sowie des Europäischen Parlamentes, den Ländern und den Mitgliedsorganisationen, um ein breites und überparteiliches Fundament aus Unterstützern für eine proaktive, strategische und stringente deutsche Europapolitik zu legen.
- Wir vertiefen den Dialog mit den Mitgliedsparteien, um Ideen für die deutsche Europapolitik stärker zu einem Unterscheidungsmerkmal im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025 zu machen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Mitgliedsparteien eine verbesserte Europakoordinierung als Ziel in die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025 aufnehmen, inklusive der Einführung eines europapolitischen Koalitionsausschusses.

1.8 EU-Haushalt und -Fiskalrahmen zukunftsfest und demokratisch weiterentwickeln

- Wir bilden die Interessen der Mitgliedsorganisationen in den EU-Haushaltsverhandlungen ab. Wir setzen uns dafür ein, dass parlamentarische wie auch gesellschaftliche Kräfte in der Ausgestaltung wie auch Umsetzung des Haushaltes und des Wiederaufbauinstruments eng eingebunden sind.
- Wir begleiten mit unseren Mitgliedern die konsequente und zeitnahe Umsetzung der überfälligen Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und achten darauf, dass die Europäischen Institutionen medial nicht zum gestrengen Zahlenmeister werden. Die Beschneidung des fiskalpolitischen Spielraums darf dabei nicht zu fehlenden Investitionen führen.
- Wir stellen klar, dass der EU-Haushalt nicht national durch eine verzerrende Nettozahler-Perspektive, sondern ganzheitlich betrachtet werden muss. Dazu bringen wir mit Hilfe unserer sektorenübergreifenden Mitgliedsorganisationen bzw. der EMI/unsere Schwesterorganisationen zusätzliche gesamteuropäische Perspektiven ein.
- Wir diskutieren im Rahmen des neuen Mehrjährigen Finanzrahmes, wie die Eigenmittel im EU-Haushalt gestärkt werden können und wie diese Fragen im Beitrittsprozess berücksichtigt werden müssen.
- Wir begleiten die EU-Haushalt und -Fiskalpolitik, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft wieder zu stärken.
- Wir setzen uns dafür ein, den EU-Haushalt grundsätzlich zukunftsorientierter und investitionsfreundlicher zu gestalten

2 Europäischen Werten Geltung verschaffen

2.1 Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Handelspolitik vertiefen

- Wir werden den Druck auf die Bundesregierung und die EU hochhalten, die Ukraine mit allen Möglichkeiten, einschließlich militärischer Hilfe, zu unterstützen und dies, falls erforderlich, auf weitere von einem völkerrechtswidrigen Angriff betroffene Staaten auszuweiten.
- Wir begleiten mit Stellungnahmen und Dialogveranstaltungen die Notwendigkeit einer Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion und unterstützen die Bemühungen der Zusammenarbeit von Streitkräften der EU-Mitgliedstaaten durch die konsequente Fortentwicklung der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ) und die beschleunigte Umsetzung der Vereinbarungen im Strategischen Kompass.
- Im Rahmen des EBD-Konzeptes Europäische Public Diplomacy fördern wir mit unseren Mitgliedsorganisationen und Schwesterverbänden in der EMI Netzwerke von Menschen, die sich für demokratische Strukturen in ihren europäischen EU-Drittstaaten, insbesondere in Russland und Belarus, einsetzen. Wir unterstützen im Rahmen unserer Möglichkeiten die Vernetzung von Personen, die im politischen Exil in Deutschland leben.
- Wir werben in enger Zusammenarbeit mit unseren Schwesterorganisationen für einen ständigen Sitz der EU im Weltsicherheitsrat und eine Reform der Vereinten Nationen.
- Wir fördern über unsere KEV-Formate den Dialog der gesellschaftlichen Kräfte zur EU-Handelspolitik.
- Wir initiieren eine Debatte zur Beziehung zwischen der EU und ihren Partnerländern unter humanitären, klima- und handelspolitischen Gesichtspunkten und fördern in unserem Netzwerk den Dialog, um Modelle und Verantwortungen für eine faire Handelspolitik zu diskutieren.

2.2 Grenzen in Europa abbauen

- Wir begleiten die Heranführung der (potenziellen) EU-Beitrittskandidaten und setzen uns für eine Stärkung der Heranführungsstrategie für alle Kandidatenländer wie auch der kriegsbedingten Wiederaufbauhilfen für die Ukraine zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien ein.
- Wir forcieren Kooperationen mit gesellschaftlichen, pro-europäischen Kräften aus den (potenziellen) EU-Beitrittskandidaten und unterstützen diese bei ihrer Netzwerkarbeit in Deutschland.
- Wir bilden Allianzen, die uneingeschränkt hinter dem Schengener Übereinkommen stehen und regen auch bei unseren Mitgliedsparteien ein, das Übereinkommen nicht in Frage zu stellen.
- Wir setzen uns dafür ein, den Schengen-Raum kontinuierlich bei Erfüllung der technischen Anforderungen zu erweitern.

2.3 Migrations- und Asylpolitik auf Basis europäischer Werte gestalten

- Wir werben für eine EU-weite, einheitliche Migrations- und Asylpolitik und kritisieren nationale Alleingänge. Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und dessen Implementierung begleiten wir.
- Wir fördern den EU-weiten Dialog zu einem besseren Verständnis zur Bedeutung und Definition der europäischen Solidarität in der europäischen Asylpolitik.
- Wir verstärken den fachlichen Dialog mit Menschenrechtsorganisationen, um sie zu einem starken Bekenntnis zur europäischen Integration zu bewegen und als Mitglieder zu gewinnen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die EU Fluchtursachen kohärent bekämpft und gleichzeitig legale Zuwanderungswege schafft.

3 Europa zukunftsfähig machen

3.1 Bildungspolitik modern und inklusiv gestalten

- Wir vernetzen und stärken formale und non-formale Initiativen zur europapolitischen Bildung („Europabildung“) in Deutschland und der EU.
- Wir informieren in Projekten, Veranstaltungen und Publikationen über die Europabildungsangebote der EBD-Mitgliedsorganisationen und anderer Partner.
- Wir werben für den Ausbau von EU-Austauschprogrammen in Erasmus+ auf allen Bildungsebenen.
- Wir animieren die Bundesländer, sich stärker für europapolitische Bildung einzusetzen und diese strukturell und finanziell zu unterstützen.

3.2 Ökologischen Wandel gestalten

- Wir begleiten, analysieren und diskutieren mit Hilfe der Expertise unserer Mitgliedsorganisationen die Umsetzung des Europäischen Grünen Deals, des Pariser Klimaabkommens und der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs).
- Wir werben für eine stärkere Beteiligung im Gesetzgebungsprozess und eine bessere Finanzierung unserer Mitgliedsorganisationen, insbesondere der Kommunen, im Bereich der Klimaneutralität.
- Wir verfolgen kritisch die Debatte, wie die EU und ihre Mitgliedstaaten nachhaltige Finanzierung einfacher und transparenter gestalten können.
- Wir begleiten die Diskussionen zur Umsetzung zum Grenzausgleichmechanismus für Kohlenstoffdioxid (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) auf europäischer Ebene, um der Verlagerung von klimaschädlichen Emissionen in EU-Drittstaaten durch WTO-konforme Maßnahmen entgegenzuwirken.
- Wir fördern den Dialog unserer Mitgliedsorganisationen zu Rechtssetzungsprinzipien wie „one-in, one-out“ oder „do-no-harm“.
- Wir begleiten die Diskussion zur Reform des Strommarktdesigns, die die Energieversorgung für Verbraucherinnen und Verbraucher nachhaltiger, sicherer und schließlich preiswerter und damit auch wettbewerbsfähiger gestalten muss.

3.3 Digitale und resiliente Zukunft gestalten

- Wir thematisieren die Relevanz eines starken europäischen Binnenmarktes und unterstützen privatwirtschaftliche Initiativen unserer Mitgliedsorganisationen, die als Triebkraft beim Übergang zu einer nachhaltigen Volkswirtschaft fungieren.

- Wir fördern den Dialog zur EU-Digitalstrategie, zur Stärkung der digitalen Souveränität und einer innovativen horizontalen EU-Industrie- und Wirtschaftspolitik.
- Wir erörtern gemeinsam Möglichkeiten einer EU-weiten Besteuerung von Digitalunternehmen und Maßnahmen, die Steuervermeidung auf europäischer Ebene eindämmen.

Wir fördern über unsere EKEV-Formate mit der Europäischen Bewegung Österreich (EBÖ) die Debatte und Transparenz zu Beschlüssen des Rates der Europäischen Zentralbank (EZB), insbesondere in der Bekämpfung der Inflation im Europäischen Währungsraum.

3.4 Soziale Gerechtigkeit gestalten

- Wir fördern die Debatte zur Gestaltung der sozialen Dimension der EU und erörtern, wie weitere Schritte entlang des Aktionsplans in der Umsetzung der Europäische Säule sozialer Rechte im Rahmen der europäischen Verträge zu ermöglichen sind.
- Wir veranstalten Diskussionen zu sozial- und beschäftigungspolitischen Vorhaben.
- Wir setzen uns für wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa ein und fördern die Debatte, wie die EU den Mitgliedstaaten durch komplementäre europäische Maßnahmen bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit zur Seite stehen kann.
- Wir setzen uns gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden im EBD-Netzwerk dafür ein, dass die Sozialpartnerschaft europaweit gestärkt wird. Wir wollen außerdem dafür sorgen, dass mehr Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Mitglied der EMI werden.
- Wir begleiten den Makroökonomischen Dialog und unterstützen die Zusammenarbeit der EU-Kommission mit europäischen Sozialpartnern.

4 Vereinsgovernance 2024/25

- Wir streben an, die Anzahl der Mitgliedsorganisationen auf 250 zu erhöhen. Wir nutzen hierzu die Möglichkeiten des Lobbyregisters (Bund)
- Wir stärken unsere Projektarbeit durch eine bessere Verschränkung mit unserer EBD-Politik 2024/25.
- Wir nutzen verstärkt die neuen Möglichkeiten von Website/Datenbank für strategische integrierte politische Kommunikation, um kleinere Formate grenzüberschreitend auch kurzfristig zu aktuellen Themen anbieten zu können.
- Wir stärken die Vernetzung der Mitgliedsorganisationen durch niederschwellige und kurzfristige Angebote zum inhaltlichen Austausch.
- Wir setzen die 2024 begonnene Politische und zugewandungsrechtliche Zusammenarbeit der EBD und ihrer Mitgliedsorganisationen mit dem Bund fort.
- Wir machen die Arbeit und Ziele der Demokratiedirektion des Europarats durch ein gemeinsames Projekt bekannt und unterstützen sie bei der Umsetzung.
- Wir verstärken die Zusammenarbeit mit den Landeskomitees, die die satzungsmäßigen Kriterien erfüllen.
- Wir strukturieren unsere internationale Zusammenarbeit neu, durch die Erstellung eines regelmäßigen Überblicks zur Vernetzung der europapolitischen Arbeit im internationalen EMI- und EBD-Netzwerk, inklusive der Nutzung der Auslandsbüros unserer Mitgliedsorganisationen in den Ländern des Europarates.
- Wir wollen Instrumente für die Akquise von zweckgebundenen Spenden entwickeln.